



Neuerungen in der Sozialversicherung und im Arbeitsrecht

JKU, 22. April 2015

WP/StB KR Hannes Mitterer

Änderungen im Beitragsrecht

- Selbstversicherung
 - Anpassung in PV für Zeiten der Pflege eines behinderten Kindes an Zeiten für Pflege naher Angehöriger
 - in Hinblick auf Zulässigkeit einer Erwerbstätigkeit neben der Pflege
 - Es reicht die überwiegende Beanspruchung
 - Höhe der relevanten Beitragsgrundlage
 - 2015: € 1.214,-
- Nachentrichtung verjährter Beiträge in PV
 - Adaptierung der Bestimmungen
 - auch in jenen Fällen, wo vom DG bloß in zu geringer Höhe abgeführt

Änderungen im Leistungsrecht

- Korridor pension und vorzeitige Alterspension
 - mindestens 468 Versicherungsmonate oder
 - 438 Beitragsmonate
- Besondere Höherversicherung für
 - erwerbstätige Pensionsbezieher:
 - künftig auch Berücksichtigung der auf den Dienstgeber entfallenden Beitragsteile
- Kostenlose Kieferregulierung
 - ab 1.7.2015
 - für Kinder und Jugendliche bis Vollendung 18. Lebensjahr

Auftraggeberhaftung im Bauwesen

- Auftragnehmer hat keine DG-Nummer
- Ein-Personen-Unternehmen
- Auszahlung eines Guthabens
- Auskunfts- und Unterlagenvorlagepflicht
- Literatur

Auftragnehmer hat keine DG-Nummer

- ab 1.1.2015
- trotzdem Zahlung an DLZ der WGKK möglich
- bei EU: dessen VersNr + "v"
- sonst: Firmenname

Ein-Personen-Unternehmen

- ab 1.1.2015
- Aufnahme in HFU-Liste möglich
- übrige Voraussetzungen müssen erfüllt sein
- auch SVAdGW führt nun HFU-Liste
- HFU-Gesamtliste: Zusammenfassung der 9 HFU-Listen

Auszahlung eines Guthabens

- 5-jährige Frist für Antragstellung an DLZ
- durch beauftragtes Unternehmen
- Voraussetzung: keine Beitragsschulden in Österreich
- bei FA: gem. §§ 215, 239 BAO

Auskunfts- und Unterlagenvorlagepflicht

- gegenüber Krankenversicherungsträger
- für alle Unternehmen, die Antrag auf Aufnahme in HFU-Liste stellen (§ 67a Abs 8a ASVG)

Literatur

- Haas in SWK 35/2014
- Wiesinger in ARD 6427
- Grafeneder in PV-Info 11/2014

Änderungen im GSVG

- Ab 2016:
- Hinaufsetzung der vorläufigen BGL
 - Auf Antrag, wenn
 - höhere laufende Einkünfte glaubhaft gemacht werden
- monatliche Teilbeträge für die Quartalsbeiträge
 - für laufende vorläufige Beiträge und Nachtragsvorschreibungen

Änderungen im BSVG

- Hauptberufliche Beschäftigung
 - im (groß-)elterlichen Betrieb
 - Definition des Vorliegens
 - für Dauer einer Schul- oder Berufsausbildung ausgeschlossen
 - Ausnahme: land- bzw. forstwirtschaftliche Heimpraxis und Heimlehre
- Selbstversicherung in UV
 - Erweiterung auf im Betrieb mitarbeitende Lebensgefährten

Änderungen im ALVG

- Landwirtschaft
 - rückwirkend ab 1.1.2014
 - Arbeitslosigkeit auch bei PV-Pflichtversicherung, wenn
 - ausschließlich auf einen Einheitswert zurückzuführen
 - der ein Einkommen über Geringfügigkeitsgrenze nicht erwarten lässt
- Kinderbetreuungsgeld
 - Anrechnung von Zeiten des Bezugs auf Anwartschaft

Arbeitszeitaufzeichnungen

- Saldenaufzeichnungen reichen bei
 - AN, die Lage der Arbeitszeit und
 - Arbeitsort
 - weitgehend selbst bestimmen können
 - (bisher zusätzlich: überwiegende Tätigkeit außerhalb der Arbeitsstätte)
 - oder die Tätigkeit überwiegend in ihrer Wohnung ausüben
- Aufzeichnungspflicht für Ruhepausen
 - Entfall auch bei schriftlicher Einzelvereinbarung
 - Entfall der bisherigen Beschränkung auf Ruhepausen im Mindestausmaß
- Fixe Arbeitszeiteinteilung
 - wenn schriftlich festgehalten, dann
 - lediglich deren Einhaltung zu bestätigen und
 - nur Abweichungen davon laufend aufzuzeichnen
 - auch für Störungen der Wochenendruhe, Ersatzruhe, usw.
- Übermittlung Arbeitszeitaufzeichnungen
 - Anspruch der AN
 - auf Verlangen einmal monatlich
 - bei Verwehrung durch AG Hemmung der Verfallsfristen

Lohn- und Sozialdumping - LSDB-G

Ausweitung der Lohnkontrolle

- Das gesamte durch Gesetz, VO oder KollV zustehende Entgelt (§ 7i Abs 5 AVRAG)
 - bei ausländischen AG sind SZ monatlich aliquot zu zahlen
 - Betrachtungszeitraum ist der jeweilige Lohnzahlungszeitraum
 - Sonderzahlungen während des Jahres vor dem 31.12.
 - Auch Entgelte für Nichtleistungszeiten nun eindeutig umfasst
 - bei AÜG auch Referenzzuschlag und Referenzzulage
 - Achtung bei All-In-Vereinbarungen
- Ausnahmen:
 - SV-freie Entgeltbestandteile lt. § 49 Abs 3 ASVG
 - Anders: SV-pflichtiger Aufwendersatz
 - Beiträge nach BMSVG
 - Entgeltbestandteile lt. BV oder Dienstvertrag
 - Deckung in Überzahlungen
 - einheitliche Betrachtung des Entgeltanspruchs
 - das gemäß § 1152 vereinbarte bzw. angemessene Entgelt

Verjährung bei Lohndumping

- Anhebung der Verfolgungsverjährungsfrist von einem auf drei Jahre
 - Binnen dieser Frist muss BezVerwBeh Verfolgungshandlung setzen
 - Feststellungen der Kontrollbehörden reichen nicht aus
- Beginn der Verfolgungs- und Strafbarkeitsverjährung mit Fälligkeit des Mindestentgelts
- bei mehreren durchgehenden Unterentlohnungen:
 - Beginn mit Fälligkeit des letzten Zeitraumes
 - Strafbarkeitsverjährung: 5 Jahre
- bei nachträglicher Bezahlung:
 - Beginn des Fristenlaufs mit Nachzahlung
 - Verfolgungsverjährung: 1 Jahr
 - Strafbarkeitsverjährung: 3 Jahre
- Beendigung des DV
 - mit rechtswirksamer Beendigung
- unabhängig von zivilrechtlichen Verfallsfristen
- für Bereithaltung Lohnunterlagen Verfolgungsverjährungsfrist weiter 1 Jahr

Absehen von Anzeige bzw. Strafe:

- Nachzahlung des Lohnes (§ 7i Abs 5 AVRAG)
- Nachzahlung nach Erhebungsschritten
- Nachzahlung vor Einlangen der Aufforderung zur Nachzahlung
- Nachzahlung nach Anzeige
- Strafmildernde Wirkung der Nachzahlung

Nachzahlung des Lohnes (§ 7i Abs 5 AVRAG)

- Tätige Reue
- vor Erhebungen der zuständigen Behörde
- unabhängig vom Ausmaß und auch im Wiederholungsfall
- Zahlung des gesamten zustehenden Entgelts
 - inkl. der nicht der Lohnkontrolle unterliegenden Entgelteile
 - aber ohne BV bzw. Einzelvereinbarung
- auch allfällige verjährte bzw. verfallene Ansprüche

Nachzahlung nach Erhebungsschritten

- Absehen von einer Anzeige
- Bezahlung der Differenz zum geschuldeten Entgelt
- Unterschreitung muss gering sein oder
 - 10 % ?
 - anderer Maßstab als bisher (Grundlohn, 3 %; VwGH 6 %)
- nur leichte Fahrlässigkeit des AG
 - anstatt geringfügigem Verschulden
 - Ungehorsamsdelikt: Fahrlässigkeit wird widerleglich vermutet
 - lt ErlRV: Komplexität der Entgeltsbe- und -abrechnung
 - Erkundigungspflichten
 - Stellungnahme KollV-Partner
 - bei periodenübergreifender Betrachtung keine Unterentlohnung
 - Betroffenheit mehrerer AN keine Bedeutung mehr
- Entfall der Erstmaligkeit als Voraussetzung
- auch bei Wiederholung möglich
 - spielt allerdings bei Beurteilung des Verschuldens eine Rolle
- Absehen von Verhängung einer Strafe

Nachzahlung vor Einlangen der Aufforderung zur Nachzahlung

- Nachweisliche Leistung des nachzuzahlenden Entgelts
- Vorliegen der übrigen Voraussetzungen
- Nachsicht von Anzeige

Nachzahlung nach Anzeige

- Fälle, wo tätige Reue bzw. Nachsicht von einer Anzeige nicht möglich
- einjährige Verfolgungsverjährungsfrist

Strafmildernde Wirkung der Nachzahlung

Bereithaltung von Lohnunterlagen

- Ausländische AG:
 - Arbeitsvertrag oder Dienstzettel
 - Lohnzettel
 - Lohnzahlungsnachweise oder Banküberweisungsbelege
 - Lohnaufzeichnungen
 - Arbeitszeitaufzeichnungen
 - Lohneinstufung
 - trifft auch inländischen Beschäftiger
 - Unzumutbarkeit der Bereithaltung
- Inländische AG
 - Einblickgewährung in Unterlagen, die zur korrekten Entlohnung erforderlich sind
 - Auf Verlangen Übermittlung
 - Arbeitszeitaufzeichnungen
 - Unterlagen für Einstufung
 - z.B. Vordienstzeiten

Bescheidübermittlung an AN

- der KVTr muss über Strafbescheid informieren
- muss nicht rechtskräftig sein

Vorläufige Sicherheit und Sicherheitsleistung

- Festlegung und Einhebung durch Organe der Abgabenbehörden (FinPol)
 - Vorliegen eines begründeten Verdachts nach §§ 7b Abs 8, 7i oder 7k Abs 4 AVRAG
 - Annahme der Erschwerung der Strafverfolgung oder des Strafvollzuges
 - Möglichkeit der Beschlagnahme verwertbarer Sachen bei Nichtleistung der vorläufigen Sicherheit
- Zahlungsstopp
- Ausweitung Sicherheitsleistung
 - für alle Fälle, für die auch eine vorläufige Sicherheit zulässig ist

Festlegung und Einhebung durch Organe der Abgabenbehörden (FinPol)

- Vorliegen eines begründeten Verdachts nach §§ 7b Abs 8, 7i oder 7k Abs 4 AVRAG
 - Nichtbereithaltung oder Nichtübermittlung
 - Entsendemeldung
 - Unterlagen über Anmeldung zur Sozialversicherung
 - Lohnunterlagen
 - Vereitelung Lohnkontrolle
 - Unterentlohnung
- Annahme der Erschwerung der Strafverfolgung oder des Strafvollzuges
- Möglichkeit der Beschlagnahme verwertbarer Sachen bei Nichtleistung der vorläufigen Sicherheit

Zahlungsstopp

- Schriftlicher Auftrag an Auftraggeber oder Beschäftigter
- offenen Werklohn oder Überlassungsentgelt nicht zu zahlen
- wenn vorläufige Sicherheit nicht festgesetzt oder eingehoben werden kann
- dagegen kein Rechtsmittel zulässig
- Außerkrafttreten, wenn nicht binnen drei Arbeitstagen bei der BezVerwBeh die Erlegung einer Sicherheit beantragt wird
 - Behörde muss innerhalb 3 Tagen entscheiden

Angleichung der Strafdrohungen

- für Nichtbereithalten oder Nichtbereitstellen oder Nichtübermittlung von Lohnunterlagen
- an die Strafdrohung für Unterentlohnung
- Strafe je Arbeitnehmer

Entsendung

- Entsendebegriff
- Liste von kurzfristigen Tätigkeiten
- Montageprivileg
- Entsendemeldung (§ 7b Abs 3 und 4 AVRAG)
- Bereithaltung von Lohnunterlagen

Entsendebegriff

- Entfall des Wortes "fortgesetzt"

Liste von kurzfristigen Tätigkeiten

- die keine Entsendung darstellen
- von geringem Umfang
- z.B.:
 - Teilnahme an Kongressen
 - kulturellen Veranstaltungen
 - internationalen Wettkämpfen
 - Messen
 - geschäftliche Besprechungen ohne weitere Dienstleistung

Differenzierung bei Entsendung aus EU/EWR:

- ohne grenzüberschreitenden Dienstleistungsvertrag
 - keine meldepflichtige Entsendung
- mit Dienstleistungsvertrag
 - Vorliegen einer meldepflichtigen Entsendung
 - aber kein Mindestentgelt und Urlaub

Montageprivileg

- Einschränkung auf klassischen Anlagenbau
- Maschinen nicht mehr umfasst

Entsendemeldung (§ 7b Abs 3 und 4 AVRAG)

- nur mehr auf elektronischem Weg
- keine Vorratsmeldung - für jede eine gesonderte Meldung
- bei elektronischer Zugriffsmöglichkeit vor Ort: Entfall der Pflicht der Bereithaltung am Arbeitsort
- Erweiterung des Umfangs der Meldung
 - Gewerbebefugnis
 - Unternehmensgegenstand des AG
 - Lage der vereinbarten Normalarbeitszeit
 - genauer Ort der Beschäftigung
- Strafe bei Übertretung
 - nicht mehr pauschal, sondern für jeden betroffenen AN

Bereithaltung von Lohnunterlagen

- während "Gesamtentsendezeitraum"
- daher auch für Mitarbeiter, deren Entsendung bereits beendet ist

Literatur:

- Rath in ASoK 2015, 2
- Gleißner in ZAS 2015/4
- Wiesinger: Die neue Mindestentgeltkontrolle, ASoK spezial Februar 2015

Arbeitskräfteüberlassung

- Anpassung der Meldung bei bewilligungsfreier Überlassung nach Ö an Bestimmungen des AVRAG

Neuerungen Verfahrensrecht

- Vorfragenbeurteilung durch GKK
 - VwGH 4.8.2014, 2012/08/0132
 - GKK hatte auf Grund zweier Befragungen alle in einen Topf geworfen
 - muss einzeln beurteilen
 - Erarbeitung von Fallgruppen zulässig
 - Vorfragenbeurteilung durch GKK

Judikatur zur Qualifikation von Vertragsverhältnissen

- Arbeiten im Home-Office
 - VwGH 26.5.2014, 2012/08/0233
 - Kiesenhofer in PV-Info 9/2014
 - Kriterien gegen das Vorliegen eines Dienstverhältnisses
- Gebäuderenovierungs- und Hausmeisterarbeiten
 - VwGH 31.7.2014, 2012/08/0253, ARD 6432
 - echtes Dienstverhältnis
 - niedrig qualifizierte Bauarbeiten über relativ langen Zeitraum
 - ausschließlich für den Beschwerdeführer
 - Entlohnung nach Stunden und Wohnung als Sachbezug
 - grundsätzlich reicht das bloße Vorliegen einfacher manueller Arbeiten mangels eines Betriebes des Beschäftigers im Allgemeinen nicht aus für eine persönliche Abhängigkeit
- Pfuscherpartie in Privathaus
 - VwGH 13.11.2013, 2013/08/0146, Kocher in PV-Info 4/2014
 - kein Betrieb
 - Pfuscher besorgten selbst Material
 - keine persönlichen oder fachlichen Weisungen
 - kein Dienstverhältnis
- Masseur als freier Dienstnehmer
 - VwGH 11.6.2014, 2012/08/0245
 - 20-Stunden-Verpflichtung im Monat
 - vertragliche Gestaltung als Ausgangspunkt
 - Abgrenzung zu Werkvertrag
 - Know How ist kein wesentliches Betriebsmittel

Judikatur und Literatur zur Sozialversicherung

- Kontoerstgutschrift bei der SVAdGW
 - Endgültige Berechnung erst, wenn endgültige Versicherungszeiten und Beitragsgrundlagen für Jahre bis 2013
 - Beitragszeit wird erworben, wenn die Beiträge bezahlt sind
 - vorläufige BGL wurde durch MindestBGL ersetzt, um Herabsetzung bei Neuberechnung zu vermeiden
 - Dienstleistungszentrum Pensionskonto bei der SVA-Landesstelle OÖ.
 - Erste Tranche der Folgeverständigungen voraussichtlich Mitte 2015
 - Seidenberger in SozSi 2014, 516
- A1 und Vorliegen relevanter Tätigkeit im Entsendestaat
 - VwGH 31.7.2014, Ro 2014/08/0003
 - Prüfung an Hand diverser Kriterien
 - eines herauszugreifen ist nicht ausreichend
 - es muss nicht dieselbe Tätigkeit im Zielland sein
- Familienhafte Mitarbeit oder Dienstverhältnis
 - VwGH 9.9.2014, Ro 2014/09/0006
 - Ausführungen zu Unterschied
 - Ausführungen zu Beweiswürdigung

Judikatur zum Arbeitsrecht

- Vereinsfunktionär und Sportbetreuer
 - OGH 25.9.2014, 9 ObA 103/14h
 - trotz Aufwandsentschädigung Ehrenamtlichkeit
 - kein Dienstverhältnis
- Arzt in Betreuungsstelle für Asylwerber
 - OGH 29.9.2014, 8 ObA 58/14h in ARD 6427
 - freier Dienstnehmer
 - von Vertretungsrecht Gebrauch gemacht
 - Anwesenheitszeiten selbst festlegen
 - weitere andere Tätigkeiten
 - keine persönlichen Weisungen
- Rahmenvereinbarung über nebenberufliche Tätigkeit als OP-Pfleger
 - OLG Linz 16.6.2014, 12 Ra 28/14w, ARD 6419
 - konnte Anzahl und zeitliche Lage seiner Einsätze selbst bestimmen
 - konkrete Gestaltung orientierte sich primär an Interessen des Arbeitnehmers
 - kein Dienstverhältnis

Ausblick

- ME – Meldepflicht-Änderungsgesetz, Ministerialentwurf zur Begutachtung
 - Monatlicher Beitragsgrundlagennachweis
 - Säumniszuschläge bei verspäteten Meldungen, z.B. BN
 - Herabsetzung der Stundungszinsen (auch im GSVG)
 - Entfall der fallweise Beschäftigten
- Vollzugsamnestie Gewinnausschüttungen Geser-GF für Ausschüttungen bis 30.6.2015